



Erklärung für Vielfalt, Toleranz und Demokratie im Rahmen der bundesweiten Initiative „Orte der Vielfalt“

_____ erklärt sich bereit, einen aktiven Beitrag zur Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie und zur Bekämpfung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus zu leisten. Leitziele ihres Handelns sind dabei:

- das Einstehen für und die Förderung von demokratischen Werten und Toleranz;
- die Förderung von sozialem Engagement;
- das entschlossene Handeln gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und damit zusammenhängende Gewalt;
- die Vernetzung und Zusammenarbeit mit den demokratischen Kräften vor Ort;
- die soziale und emotionale Stärkung junger Menschen mit dem Ziel, sie gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus zu wappnen.

_____ erklärt sich bereit, im Rahmen ihrer Möglichkeiten und Zuständigkeiten zum Beispiel folgende Maßnahmen zu ergreifen:

I. Qualifizierung und Unterstützung von Akteuren mit Vorbildfunktion

Lokale Mandatsträger und Verantwortliche in demokratischen Parteien, Vertreterinnen und Vertreter der kommunalen Verwaltung, demokratische Organisationen der Zivilgesellschaft sowie die Vertreterinnen und Vertreter der lokalen Wirtschaft sind Vorbilder bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus und beim Einsatz für Vielfalt, Toleranz und Demokratie. Sie stellen sich rechtsextremistischen, fremdenfeindlichen und antisemitischen Einflüssen wirksam entgegen.

_____ unterstützt sie dabei. Dazu können folgende Maßnahmen beitragen:

- Information der kommunalen Mandatsträger sowie der Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus den vor Ort ansässigen demokratischen Organisationen der Zivilgesellschaft, damit sie die Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen Parolen und Geschichtsfälschungen aufnehmen und entsprechenden Tendenzen in der Bevölkerung so früh wie möglich entgegentreten können;

- Begleitung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im kompetenten Umgang mit rechts-extremistischen Phänomenen und Unterstützung bei den dabei auftretenden Konflikten und Interessenskollisionen;
- Aufforderungen an die lokale Wirtschaft, dafür zu sorgen, dass in den Betrieben die Vielfalt der Belegschaften gefördert und rechtsextremistisches, fremdenfeindliches und antisemitisches Gedankengut am Arbeitsplatz keinen Raum findet.

II. Zusammenarbeit mit den gesellschaftlichen demokratischen Kräften vor Ort

_____ arbeitet eng mit den Sicherheitsbehörden und den demokratischen Kräften vor Ort zusammen – insbesondere Initiativen und Organisationen der Zivilgesellschaft, politischen Parteien, der lokalen Wirtschaft und Gewerkschaften, lokalen Medien, Kirchen und Religionsgemeinschaften, Sportvereinen und -verbänden – und unterstützt diese in ihren Initiativen für Vielfalt, Toleranz und Demokratie und gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus. Hierzu können folgende Maßnahmen beitragen:

- Unterstützung der Sicherheitsbehörden bei Maßnahmen der Information und Aufklärung von Lehrerinnen und Lehrern, Schülerinnen und Schülern und Eltern über Erscheinungsformen des Rechtsextremismus sowie effektive Gegenstrategien;
- Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden mit dem Ziel gegenseitiger Information bei Vorliegen spezieller Erkenntnisse über die rechtsextremistische Szene (z. B. öffentliche Treffpunkte der Szene);
- Unterstützung von Initiativen und Organisationen der Zivilgesellschaft, insbesondere auch von Zugewanderten, sowie politischer Parteien, Gewerkschaften und der lokalen Wirtschaft in ihrer Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus und Einbindung in kommunale Aktionsbündnisse.

III. Förderung der Entwicklung von Kindern und Jugendlichen

Offenheit und Neugier, Konfliktfähigkeit, ein angemessenes Selbstwertgefühl und emotionale Ausgeglichenheit sind Kompetenzen, die Kinder und Jugendliche gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus wappnen.

_____ fördert diese sozialen und emotionalen Kompetenzen so früh wie möglich. Dazu können folgende Maßnahmen beitragen:

- Altersadäquate Vermittlung von Toleranz im Umgang miteinander bereits in der früh-kindlichen Erziehung. Entsprechende Qualifizierungsangebote sollten sowohl für Erzieherinnen und Erzieher in Kindertageseinrichtungen als auch für Mütter und Väter bereitgestellt werden.

- Anregung, dass politische und historische Bildung, die Erziehung zu Demokratie und Toleranz, das Kennenlernen anderer Kulturen und Religionen, die Förderung des Miteinanders unter Schülerinnen und Schülern sowie die Vermittlung von Abwehrstrategien gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit zentrale Inhalte außerunterrichtlicher Angebote sind.
- In Zusammenarbeit mit den demokratischen Parteien, Gewerkschaften, der lokalen Wirtschaft, den Kirchen und Religionsgemeinschaften, Jugendorganisationen, Sportverbänden sowie weiteren Initiativen der Zivilgesellschaft dafür Sorge tragen, dass Kinder und Jugendliche vor Ort vielfältige Möglichkeiten zur abwechslungsreichen Freizeitgestaltung und zum demokratischen gesellschaftlichen Engagement vorfinden und nicht den Lockangeboten von rechtsextremistischen Organisationen und Parteien überlassen werden.

Ort, Datum

Unterschrift

Name und Position in Druck



Stempel oder Kontaktdaten